



Presseinformation zum Internationaler Frauentag  
6. März 2009

## **Armutskonferenz/Frauentag: Krise verschärft Ungleichheiten Abkehr von überholten Wirtschaftsdogmen und Trendwende zu sozialgerechter Politik sind Gebot der Stunde.**

Anlässlich des Internationalen Frauentags kritisiert die Armutskonferenz die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, Einkommensungleichheiten zwischen Frauen und Männern und mangelnde Maßnahmen zur Bekämpfung und Vermeidung von Frauenarmut.

Jede 7. Frau (insgesamt 587.000) muss in Österreich mit einem Einkommen unter der Armutsgrenze auskommen, 234.000 Frauen und damit 6% der Frauen sind von akuter Armut betroffen und damit von Einschränkungen in wesentlichen Lebensbereichen betroffen.

"Im Zuge der Krise ist mit einer weiteren Verschärfung der Situation zu rechnen" so Michaela Moser von der Armutskonferenz, "Armut trifft zunehmend auch viele, die nie damit gerechnet hätten. Verschrottungsprämien für alte Autos werden der Situation genausowenig gerecht wie milliardenschwere Rettungspakete für Banken". Vielmehr sollte die Krise "an der Wurzel bekämpft und dazu genutzt werden, sich endlich von überholten und zerstörerischen Wirtschaftsdogmen abzuwenden und in Maßnahmen für eine sozial- und geschlechtergerechte Politik zu investieren." Zu verschrotten gäbe es dabei weit mehr als nur alte Autos, erklärt Moser eine symbolische Verschrottungsaktion, die von der Frauengruppe der Armutskonferenz am Freitag vormittag trotz Regenschauer vor dem Parlament organisiert wurde.

### **Frauen nicht im Regen stehen lassen**

"Die Politik darf Frauen mit Armutserfahrungen nicht im Regen stehen lassen", so Moser. Um Ungleichheiten zu beseitigen und Krisen wie die derzeitige zu vermeiden, sollten alle bestehenden und zukünftige politischen Maßnahmen auf ihre Sozial- und Frauenverträglichkeit geprüft werden, so eine zentrale Forderung der Frauen.

Weiters braucht es u.a. Investitionen in soziale Infrastruktur und ökologische Nachhaltigkeit und die Einführung einer Grundsicherung, die wirklich zum Leben reicht, neue Regeln für Finanzmärkte, die Einführung von Vermögenssteuern und das Schließen von Steueroasen. Für die faire Verteilung von Arbeit und Einkommen ist der Ausbau qualitativvoller öffentlicher Kinderbetreuung und eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung unverzichtbar.

Zu den zur Verschrottung freizugebenden zerstörerischen Wirtschaftsdogmen zählen u.a. der Glauben an grenzenloses Wachstum und endlosen Konsum auf Kosten von Umwelt und Sozialem und die Devise: Mehr Privat, weniger Staat und der damit verbundene von sozialer Sicherheit und Infrastruktur auf Kosten der am stärksten von Armut Betroffenen.

Rückfragen: Michaela Moser, Tel. 0676-544 26 46, [www.frauenarmut.at](http://www.frauenarmut.at)